

## Vortrag an den Ministerrat

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 18. Februar 2019; Bericht**

Am 18. Februar 2019 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini nahm unter dem Punkt laufende Angelegenheiten Bezug auf die Finalisierung und das Inkrafttreten des sogenannten Prespa-Abkommens zwischen Griechenland und der Republik Nordmazedonien, die Situation in der Demokratischen Republik Kongo, den 10. Jahrestag der Östlichen Partnerschaft sowie die Verlängerung mehrerer Sanktionsregime.

Unter dem ersten Tagesordnungspunkt Horn von Afrika berichtete HV/VP Mogherini von ihrer Reise in die Region und lobte vor allem die sich ständig verbessernden Beziehungen von Äthiopien und Eritrea, die sich hoffentlich bald auch positiv auf Kenia und Dschibuti auswirken werden. Das EU-Interesse an einer starken Regionalorganisation *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) und das Engagement der EU für Somalia und AMISOM wurden hervorgehoben.

Der zweite Tagesordnungspunkt zur Ukraine ermöglichte eine breite Diskussion angesichts des fünften Jahrestages der Ereignisse am Maidan, zum Reformprozess und der Sicherheitslage in der Ostukraine und im Asowschen Meer, sowie zu möglichen weiteren Unterstützungsleistungen der EU für ökonomisch betroffene Regionen in der Südostukraine. Die Außenministerinnen und Außenminister der EU-Mitgliedstaaten forderten in der Diskussion die Fortsetzung der Reformbemühungen in der Ukraine, insbesondere der Korruptionsbekämpfung und der Justizreform, verurteilten die Eskalation in der Straße von Kertsch und bekannten sich zu den gezielten restriktiven Maßnahmen. Weiters wurde die Hoffnung auf freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in diesem Jahr ausgedrückt.

Unter dem dritten Tagesordnungspunkt wurden die aktuellen Entwicklungen in Syrien diskutiert, insbesondere die Problematik zurückkehrender *foreign fighters* sowie neue

Gegebenheiten infolge des angekündigten US-Truppenabzugs und der jüngsten territorialen Zugewinne von Al-Nusra. Weiters wurde die Brüssel-III-Konferenz zu Syrien vorbereitet, die von 12. bis 14. März stattfand und auf humanitäre Hilfe, Rechenschaftspflicht, Frauenrechte und Zivilgesellschaft fokussierte. Bundesministerin Dr. Karin Kneissl stellte unter diesem TOP das gemeinsam mit Slowenien initiierte Entminungsprojekt „*Explosive Hazards Clearance and Mine Risk Education in North East Syria*“ vor, welches als humanitäre Minenaktion einen ersten Beitrag zur Rückkehr der geflohenen Bevölkerung nach Syrien leisten wird.

Beim Arbeitsmittagessen wurde die Situation in Venezuela besprochen. Die Außenministerinnen und Außenminister der EU-Mitgliedstaaten tauschten sich im Lichte der erklärten Unterstützung von Juan Guaidó als Interimspräsident gemäß der venezolanischen Verfassung durch 24 EU-Mitgliedstaaten und dem anhaltenden Machtkampf zwischen Nicolás Maduro und Juan Guaidó aus. HV/VP Mogherini informierte über die Bemühungen der internationalen Kontaktgruppe, die am 7. Februar in Montevideo, Uruguay, ihre Arbeit aufgenommen hatte.

Ratsschlussfolgerungen wurden zudem zu Jemen, Klimadiplomatie sowie den Prioritäten der EU in den VN-Menschenrechtsgremien 2019 angenommen. Außerdem wurden die Beschlüsse des Rates vom 18. Februar 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2016/1693 betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und mit ihnen verbündete Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen (GASP) 2019/271, zur Änderung des Beschlusses 2011/101/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Simbabwe (GASP) 2019/284, sowie zur Durchführung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan (GASP) 2019/285 angenommen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

28. März 2019

Dr. Karin Kneissl  
Bundesministerin